



JOERN HAUFE / DAPD (GR.); BKA / PICTURE ALLIANCE / DPA (KL.)

NSU-Versteck in der Zwickauer Polenzstraße, Zschäpe

RECHTSTERRORISMUS

Vernehmung ohne Folgen

Die Terrorzelle des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) hätte womöglich bereits im Januar 2007 auffliegen können. Sächsische Polizisten stießen damals zufällig auf das Versteck der Rechtsterroristen, die zu diesem Zeitpunkt bereits neun Morde verübt haben sollen – aber die Beamten ahnten nicht, wen sie vor sich hatten. In dem Apartment über der konspirativen Wohnung in der Zwickauer Polenzstraße war es zu einem mutwillig verursachten Wasserschaden gekommen. In der ebenfalls beschädigten Erdgeschosswohnung, so erzählten es Hausbewohner der Polizei, wohne eine „Lisa D.“, gemeinsam mit zwei Männern. Eine Person mit diesem Namen war unter der Adresse allerdings nicht gemeldet. Als die Polizei an der Wohnungstür klingelte, öffnete eine Frau, die zur Beschreibung der Nachbarn passte. Den Polizisten sagte sie jedoch, sie sei nicht „Lisa D.“. Lediglich ihr Spitzname sei „Lise“, in Wahrheit heiße sie „Susann E.“ und versorge hier nur die Katzen eines Bekannten.

Die Polizei wollte sich den Wasserschaden ansehen, aber die Frau ließ sie nicht rein. Um den 10. Januar 2007 herum bestellten die Fahnder sie in die Polizeidirektion Südwestsachsen in Zwickau zur Vernehmung. Die Zeugin kam tatsächlich und ließ sich knapp 20 Minuten lang befragen. Dabei verstrickte sie sich in Widersprüche, doch die Beamten wurden nicht misstrauisch. Mehrfach sprach die Frau etwa von „unserer Wohnung“, obwohl sie zuvor erklärt hatte, gar nicht dort zu wohnen. Die Ermittler gehen inzwischen davon aus, dass die Zeugin in Wahrheit Beate Zschäpe war, die in der Wohnung mit ihren Komplizen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos lebte. Im Untergrund benutzte Zschäpe sowohl den Alias-Namen „Lisa D.“ als auch „Susann E.“. Die Unterschrift auf dem Vernehmungsprotokoll weicht überdies erheblich von der Signatur der real existierenden Susann E. ab, genauso wie das angegebene Geburtsdatum. Auch die Telefonnummer, welche die Zeugin bei der Polizei nannte, konnte jetzt einem Handy zugeordnet werden, das damals von Zschäpe genutzt wurde. Im Januar 2007 waren die Vorwürfe gegen die untergetauchte Rechtsextremistin bereits verjährt, jahrelang war sie wegen Bombenbaus mit Fahndungsplakaten gesucht worden. Knapp dreieinhalb Monate nach der Vernehmung wurde in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen – mutmaßlich von NSU-Terroristen.

BUNDESWEHR

Finanzministerium kritisiert de Maizières

Dem Bundesfinanzministerium ist die geplante Bundeswehrreform zu teuer. Die Pläne von Verteidigungsminister Thomas de Maizières (CDU) verfehlten „das zentrale Ziel“, überzähliges Personal der Bundeswehr kostengünstig abzubauen, rügen die Finanzbeamten in einem Brandbrief an ihre Kollegen.

Die vom Verteidigungsminister geplanten Vorruhestandsregelungen seien „übermäßig großzügig ausgestaltet“. Vorrang müsse die Weiterbeschäftigung der Bundeswehrmitarbeiter im Öffentlichen Dienst haben. Dies sei jedoch in dem vorgelegten Entwurf nicht sichergestellt. Zudem erschienen den Prüfern aus Wolfgang Schäubles Ministerium die Regelungen de Maizières „widersprüchlich“



OLIVER LANG / DAPD

De Maizières

und ungenau. Es fehlten „belastbare Daten zu konkreten Personalabbauzahlen und Folgekosten“. De Maizières Umsetzung der Reform würde zu Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe führen. Einigung soll eine Ressortbesprechung der Abteilungsleiter Mitte der Woche bringen. Ziel bleibt, in den kommenden fünf Jahren rund 15 000 Stellen für Zeit- und Berufssoldaten sowie 21 000 zivile Posten abzubauen.